

Dr. Klaus-Dieter Weißenborn,
seit über 30 Jahren SPD-Mitglied,
langjähriger Vorsitzender des SPD-OV Halle-Neustadt

Halle, 4. Dezember 2022

An Genossin Rasha Nasr, MdB

per e-Mail

Liebe Genossin Rasha Nasr,

der Inhalt Deiner Mail an den Runden Tisch vom 2. Dezember hat mich nicht überrascht.

Dass Du aber erklärst, dass Du damit die Hoffnung hast, „*Transparenz über den hinter uns und vor uns liegenden Weg vor uns zu schaffen*“, ist schon sehr eigenartig.

Ich bin seit nunmehr 25 Jahren Mitglied der Arbeitsgruppe Renten beim Seniorenrat der Stadt Halle und bin seit 2010 ihr Vorsitzender. Ich bin Sprecher des Zentralen Arbeitskreises AVI tech und von Anfang an beim Runden Tisch Rentengerechtigkeit dabei. Insofern benötige ich in keiner Weise Aufklärung über den hinter uns liegenden Weg. Den kenne ich ganz genau, sicher sogar genauer als alle derzeitigen MdB unserer Bundestagsfraktion und auch der SPD-Leute an unserer Parteispitze und in der Bundesregierung, die sich wohl sehr ungern an ihre früheren Versprechen erinnern.

Was soll eine Formulierung, „*der Wille zu handeln eint uns alle*“? Der Wille zu welchem Handeln?

Das was Du als Kompromiss bezeichnest, ist einzig und allein der Beschluss der „biologischen Lösung“ für fast aller Angehörigen der ostdeutschen Berufsgruppen. Die bekommen, wann begreifen meine SPD-MdB das eigentlich, nicht einen Cent, obwohl ihnen jahrzehntelang gesetzmäßig zustehende Renten- und Versorgungsansprüche grundgesetzwidrig nicht gewährt wurden!!!.

Falls Du mal die Zeit findest, nachzusehen, was im Bundestagswahlprogramm vom 24. November 2012 stand, wirst Du lesen können, für was die SPD damals eintreten wollte: ***Für Betroffene, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das Bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen diese in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle, soll ein steuerfinanzierter Fonds geschaffen werden, wie es der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vorsieht.*** Dies kam damals, auch das ist bemerkenswert, erst durch massive Forderungen einiger ostdeutscher MdB und Gewerkschafter in das SPD-Programm. ***Die Beseitigung der Rentenungerechtigkeiten und die Einrichtung eines Härtefallfonds waren also getrennte Zielstellungen in unserem Programm!!!*** Im Rentenüberleitungsabschlussgesetz von 2017 wurde allerdings das Rentenunrecht gegenüber den Berufsgruppen nicht beseitigt.

Das war ein glatter Bruch des Wahlversprechens unserer Partei! Und dies, obwohl die SPD-Landesgruppe Ost durch Iris Gleicke in einem Newsletter bereits 2009 erklärt hatte: ***„Es gibt sehr wohl die Möglichkeit für Gerechtigkeit zu sorgen. Das werden wir Sozialdemokraten tun. Wer denn sonst?!***

Dass, entgegen den in den letzten Jahren erneut gegebenen Versprechungen von Olaf Scholz, Norbert Walter-Borjans und anderen derzeitigen SPD-Politikern, die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennen und würdigen zu wollen (nicht nur ideell, sondern auch materiell),

dies aber letztlich doch nicht gemacht wurde, ist für mich als Genosse an der Basis die Abkehr der SPD von ihrem wichtigsten Grundprinzip, eine Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein.

Soziale Gerechtigkeit für Ost-Bundesbürger ist in der Führung unserer Partei zu einem Fremdwort geworden. Und unsere Ost-Abgeordneten machen offensichtlich dabei noch mit, indem sie den sogenannten „Härtefallfonds“ noch als Erfolg verkaufen wollen.

Der „Härtefallfonds“ ist in keiner Weise ein Beitrag zu dem, was Olaf Scholz und Carsten Schneider großspurig auf der Homepage der Bundesregierung verkünden: „Die soziale Einheit auf Augenhöhe vollenden“.

Wenn die SPD das wirklich machen wollte, müsste sie sich auf ihre Forderungen aus den 1990er Jahren im Bundestag erinnern, als das damalige soziale Gewissen der SPD, Rudolf Dreßler, MdB erklärte: „... **als ungelöstes Problem und als dauerhaften Missstand schleppen wir nach wie vor das diskriminierende Rentenstrafrecht mit uns herum. Das Rentenstrafrecht, meine Damen und Herren, vergiftet auf unerträgliche Weise das Klima und schafft Unfrieden. Es gehört zu dem Nährboden, auf dem in den neuen Ländern Verdruss über die neue demokratische Grundordnung erwächst. ... Unser wichtigstes Anliegen ist die Rückkehr zu dem Grundsatz, der vor der deutschen Einheit in der alten Bundesrepublik immer gegolten hat und auch in jedem anderen Land der zivilisierten Welt gilt: der Grundsatz der strikten Trennung von Strafrecht und Sozialrecht. ... Die Fraktion der SPD verlangt nicht mehr und nicht weniger, als dass diejenigen, die in Ostdeutschland Ansprüche auf Leistungen aus einem Sonder- und Zusatzversorgungssystem erworben haben, nicht schlechter gestellt werden als jeder Mörder und Dieb in Westdeutschland.**“ (13. Wahlperiode, 15. Sitzung, 26.01.1995).

Meine nüchterne Feststellung nach 25-jährigem Kampf um soziale Gerechtigkeit, auch gegen die grundgesetzwidrige Enteignung mehrerer ostdeutscher Berufsgruppen ist:

Die SPD macht nicht nur nichts, um das Rentenunrecht gegenüber den Berufsgruppen zu beseitigen, sie macht nicht einmal etwas, um ihnen über einen „Gerechtigkeitsfonds“ wenigstens eine kleine einmalige Entschädigung für widerrechtlich nicht gewährte Renten- und Versorgungsansprüche zu gewähren. Nach dem der „Härtefallfonds“ nun kommen soll, sind wir nicht mehr nur Bürger zweiter Klasse, sondern bis zur „biologischen Lösung“ sogar Bürger dritter Klasse.

Und auch unsere Ost-MdB tun absolut nichts dagegen. Die „Soziale Einheit auf Augenhöhe vollenden“ bleibt ein mehr als „hohles Versprechen“. Sie ist abermals nicht wirklich gewollt.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Werbenhan